

Urschrift

Sitzungsbuch der Gemeinde Pähl

Sitzungsniederschrift

über die öffentliche Sitzung
im Sitzungssaal des Rathauses Pähl

am 12.12.2013

I. Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)
2.	Kinderkrippe Pähl - Aufstockung der beantragten Krippenplätze von 15 auf 18 - Beschlussfassung
3.	Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes

II. Feststellung der Beschlussfähigkeit:

ANWESEND

Name

Bemerkung

Vorsitzender

Werner Grünbauer

Mitglieder

Alexander Zink

Thomas Baierl

Friedrich Bernhard

Wolfgang Czerwenka

Alfons Keller

Gerhard Müller

Peter Promberger

Anja Schmautz-Hannes

Johann Weber

Franz Wörl

Abwesend (entschuldigt)

Daniel Bittscheidt

Hubert Pentenrieder

Franz Sailer

Kaspar Spiel

Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder geladen sind, die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 1 GO).

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 04.12.2013 mittels schriftlicher Ladung durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

III: Öffentliche Bekanntgabe der Sitzung (Art. 52 GO):

Zeitpunkt und Ort der Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung am 04.12.2013 ortsüblich durch Anschlag an den Anschlagtafeln bekannt gemacht.

Die Sitzung wurde um 19:30 Uhr eröffnet und um 20:00 Uhr beendet.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Werner Grünbauer
1. Bürgermeister

Christiane Singer

Genehmigt durch den Gemeinderat in der Sitzung vom 16.01.2014.

Begrüßung

Die Ladung war ordnungsgemäß entsprechend der Geschäftsordnung am 04.12.2013 mittels schriftlicher Ladung und Aushang durch den 1. Bürgermeister Werner Grünbauer erfolgt.

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Gemeinderat somit nach Art. 47 Abs. 2, 3 GO beschlussfähig ist und eröffnet die Sitzung.

Öffentlicher Teil:

1. Genehmigung des letzten Protokolls (öffentlich)

Sachverhalt:

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28.11.2013

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 28.11.2013 wird genehmigt.

Abstimmung
11 : 0

2. Kinderkrippe Pähl - Aufstockung der beantragten Krippenplätze von 15 auf 18 - Beschlussfassung

Sachverhalt:

Aufgrund zahlreicher Voranmeldungen wurde bereits in der Sitzung vom 29.05.2013 die Erhöhung der Kinderkrippenplätze von 15 auf 18 empfohlen. Vom Landratsamt wurde dies bereits vorab für sinnvoll und genehmigungsfähig erachtet.

Basierend darauf wurde bereits ein Förderantrag gestellt, der eine deutliche Mehrförderung ermöglicht. Bisher wurde von der ROB ein Förderbetrag von in Höhe von 368.050 € zuzüglich 18.750 € zugesagt. Für 18 Kinder ergibt sich eine Mehrförderung von geschätzt ca. 55-60 TEUR (eine exakte Ermittlung ist nicht möglich, Basis für die Ermittlung sind die Kennziffern des bestehenden Bescheides).

Hierfür wurde ein Förderantrag vorbereitet und an die ROB übermittelt. Für die weitere Bearbeitung benötigt die ROB einen GR-Beschluss. Die Erhöhung der Kinderkrippenplätze kann lt. LRA auf Basis des vorliegenden Raumkonzeptes ohne besondere Änderungsmaßnahmen beantragt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Anzahl der zu errichtenden Krippenplätze auf 18 zu erhöhen.

Abstimmung
11 : 0

3. Bekanntgaben, Anträge, Verschiedenes

Sachverhalt:

1. Verkehrsschau:

das Ergebnis erhält der Gemeinderat in der nächsten Sitzung zur Kenntnisnahme

2. Sachstand Erholungsgelände Aidenried:

Der Erste Bürgermeister erläutert dem GR den aktuellen Sachstand zum Neubau der Gaststätte auf dem Erholungsgelände Aidenried. Da der Architekt den aktuellen Entwurf der Gebäudeplanung noch nicht vorgelegt hat, kann im Verfahren derzeit nicht weitergemacht werden. Die ist für die nächste Sitzung geplant. Aufgrund der zeitlichen Verschiebung und der Aufrechterhaltung des Badebetriebes im Sommer ist nach derzeitigem Stand erst mit einem Abbruch der alten Gaststätte im Herbst 2014 zu rechnen.

3. Sachstand Vollsortimenter (Rewe):

Der Erste Bürgermeister erläutert, dass sich die Vorstellung der Planungen für den Vollsortimenter ebenfalls verzögert haben, da die Zufahrt nochmals umgeplant werden musste.

4. Ausbau Tassilostraße:

Der Zeitplan für den Ausbau der Tassilostraße wurde mit Architekt Demmel abgestimmt. Mitte Januar soll die Ausschreibung für den ersten Bauabschnitt (Bau der neuen Schleife, Bypass Hesselöcher Straße) erfolgen, im Februar dann die Submission, bis Ostern könnte dann mit dem Bau begonnen werden. Der zweite Bauabschnitt soll Mitte März / April ausgeschrieben werden, ab August könnte dann voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden (Stich zur Monatshausener Straße, vorderer Ausbau der Straße, Regenrückhaltebecken). Die Kosten laufen sich nach derzeitiger Schätzung auf 539.000 €. Parallel könnte der Ausbau der Oberflächenentwässerung der Zugspitzstraße erfolgen. Hier muss jedoch auf die Entwicklung des Haushaltsplanes gewartet werden.

5. Espresso Ralley:

Der Erste Bürgermeister erläutert, dass er bei einer Sperrung ab der Kreisstraße bis zum PGZ sicherheitstechnische Bedenken hat und schlägt vor, erst ab Höhe der Berndorfer Straße absperrern zu lassen. Die Gemeinderäte Zink und Weber befürworten eine Sperrung ab der Kreisstraße, da so auch eine bessere Umleitung des Verkehrs möglich ist. So ist die Anbindung zur Gaststätte „Alte Post“ gegeben, die bei der Espresso Ralley eingebunden ist. Insgesamt spricht sich ein Großteil der Gemeinderäte für eine Sperrung ab der Kreisstraße aus.

6. Winterdienst:

Gartenstraße und Brunnwiesstraße wiederholt nicht geräumt werden, da diese schmal ist und durch geparkte Autos die verbleibende Fahrspur für das Räumfahrzeug zu gering ist. GR Keller erwähnt, dass auch die Kreuzeckstraße diesbezüglich problematisch ist. GR Promberger schlägt vor über das Amtsblatt nochmals auf diese Situation hinzuweisen.

7. Flächennutzungsplan-Änderung:

GR Bernhard möchte wissen, wann die Flächennutzungsplan-Änderungen vorgenommen werden. Diese sind für die Sitzung im Januar oder Februar vorgesehen.

8. Anschlagtafeln Kommunalwahl:

GR Weber fragt nach, ob geplant ist, für die Kommunalwahl 2014 Anschlagtafeln aufzustellen. Erster Bürgermeister Grünbauer erwidert, dass die Plakatierungsverordnung erst vor der Bundestagswahl geändert wurde und sich der GR für eine Begrenzung der Plakate pro Ortsteil ausgesprochen hat. Ob die Plakatierungsverordnung noch rechtzeitig geändert werden kann, muss geprüft werden. GR Promberger spricht sich für eine Anschlagtafel pro Ortsteil aus. GR Baierl schlägt vor, die Kommunalwahl anhand der derzeitigen Regelung in der Plakatierungsverordnung auszuprobieren. Sollten die Plakate überhand nehmen, könnte eine Änderung vor der nächsten Wahl erfolgen. Für die nächste Sitzung soll eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet werden.